

Basler Verbände einigen sich auf Rettungspaket für Geschäftsmieten

Kleine Geschäfte, die wegen der Corona-Pandemie in finanzieller Not sind, sollen nur einen Drittel ihres Mietzinses zahlen müssen – ein weiteres Drittel soll der Kanton übernehmen.



Barfüsserplatz in Basel: Brasserie Brauner Mutz, Rio Bar (März 2020).

Bild: © Kanton Basel-Stadt/Sabine Schneeberger

Das schlagen die vier grossen Sozialpartner im Bereich der Geschäftsmieten der Basler Regierung vor.

Der Wirtverband Basel-Stadt, der Basler Mieterinnen- und Mieterverband, der Hauseigentümerverband Basel-Stadt sowie der SVIT Basel haben sich auf ein sogenanntes «Dreidrittel-Rettungspaket» geeinigt.

Das Rettungspaket soll der Linderung akuter Mietzinsnöte vieler kleiner Geschäfte wie Coiffeuren, Physios, Cafés, Restaurants und Blumenläden dienen, wie die vier Verbände am Sonntag gemeinsam mitteilten.

Konkret schlagen die Verbände der baselstädtischen Regierung vor, dass die kleinen Geschäfte in den Monaten April, Mai und Juni nur ein Drittel ihrer Miete bezahlen sollen.

Ein zweites Drittel soll der Kanton à fonds perdu ausgleichen. So würden der Vermieterschaft zumindest zwei Drittel der Mieten bleiben, heisst es weiter. Das «Dreidrittel-Rettungspaket» beruhe auf Freiwilligkeit, sei im Einzelfall aber verbindlich.

Gemäss Mitteilung der Verbände befindet sich das «Dreidrittel-Rettungspaket» bereits zur Diskussion in der Regierung.

Ob dies tatsächlich der Fall ist, bleibt unklar: Die Regierung könne sich momentan nicht zu diesem Thema äussern, sagte der Basler Regierungssprecher Marco Greiner auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. (sda)

Publiziert am Montag, 20. April 2020